

KURZ UND PRÄGNANT

Lehrerbildungsgesetz

„Dass man trotz der massiven Kritik am Entwurf für ein neues Lehrerbildungsgesetz keinen Änderungsbedarf sieht, ist an Ignoranz nicht zu überbieten“, so MdL Susanne Hennig. Die schriftliche Anhörung zum Gesetzentwurf im Bildungsausschuss sei ein Feigenblatt. Die Abgeordnete kritisiert, dass die Unterschiede in den Lehrerbildungsgängen für die Regelschule in Erfurt und Jena „zementiert statt abgebaut werden“. Das bereits verkürzte Referendariat der Grundschullehrer werde auf 12 Monate gekürzt. Wichtig wäre gewesen, die Zeit in der zweiten Phase der Ausbildung für alle Schularten anzugleichen. Dass selbst kleine positive Änderungen, wie die Anpassung der Ausbildungsumfänge der einzelnen Schularten wieder durch undurchsichtige Entscheidungen zunichte gemacht werden, sei bezeichnend. „Man passt nach Jahren endlich die Studienzahlen an und erklärt im gleichen Atemzug, die Anpassung der Löhne sei aber nicht erforderlich.“ Die LINKE bringt im Landtag Änderungsanträge ein, „denn mit diesem Gesetzentwurf ist die Landesregierung sehr tief gesprungen und unterirdisch gelandet“.

Wählen ab 16 Jahren

Anlässlich des U18-Wahltages am 13. September, an dem Jugendliche unter 18 Jahren überall in Deutschland an 1.500 Schulen und in Jugendeinrichtungen wählen, hatte die jugendpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Katharina König, erklärt: „Die Beteiligung zeigt, dass die Aussage, junge Menschen würden sich nicht für Politik interessieren und könnten sich keine Meinung bilden, ein Märchen ist! Es wird höchste Zeit, dass die Landesregierung ihren Widerstand gegen eine Absenkung des Wahlalters aufgibt.“ Jugendprojekte, die der Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen dienen, müssten endlich durch eine eigene Förderrichtlinie unterstützt werden. In 10 von 16 Bundesländern dürfen bereits heute junge Menschen ab 16 Jahren kommunal mitwählen, in vier Bundesländern bereits auf Landesebene. CDU und SPD hatten einen Vorstoß der Linkspartei, für 2014 16-Jährigen in Thüringen das Wahlrecht zu geben, abgelehnt. „Thüringen gehört heute beim Thema Mitbestimmung von jungen Menschen deutschlandweit zu den Schlusslichtern. Das muss sich ändern!“, betonte die Abgeordnete. CDU und SPD seien aufgefordert, ihre Blockadehaltung aufzugeben und baldmöglichst Jugendlichen ab 16 das Wahlrecht auf kommunaler und Landesebene zu ermöglichen.

Das „Thüringer Meer“ kann noch viel mehr

Bodo Ramelow: Region um die Saaletalsperren als umfassendes Tourismusgebiet entwickeln

Mit einem Osterspaziergang fing es an, inzwischen war Bodo Ramelow schon oft am Thüringer Meer, der Region um die Hohenwarte- und die Bleilochtalesperre, ist hier unzählige Kilometer rund ums Meer gewandert. So entstand beim Fraktionschef der LINKEN im Thüringer Landtag die Idee eines Zweckverbandes, „denn bei einer Bündelung der Kräfte wäre es schon mit relativ einfachen Mitteln möglich, etwas voranzubringen“.

Zusammengefasst geht es ihm darum, dass die Tourismusvermarktung zusammengelegt wird, dass die Region um den Bereich der Saaletalsperren – inklusive der Plothener Teiche – als zusammenhängendes Tourismusgebiet entwickelt und vermarktet wird.

Dabei sollte sich die Ferien-Destination „Thüringer Meer“ orientieren an Regionen, wie dem Altmühltal oder dem Lahnwangergebiet, und übergreifend kooperieren wie am Bodensee. „Familienfreundlichkeit, Barrierefreiheit, Wandern, Wasser- und Radwandern, Kurzurlaube sowie Ferien-Familienfreizeiten, aber auch Wasser- und Angelurlaub stehen im Vordergrund. Alles, was Lärm verursacht oder verbreitet, sollte möglichst nicht gefördert oder gar ausgebaut werden. Regionale Kreisläufe sollen gestärkt und eine naturnahe Nutzung soll im Zentrum stehen. Dazu zählen auch Heimische Küche und Regionale Produkte“, heißt es in dem Papier, über das auch in der Ostthüringer Zeitung schon ausführlich berichtet wurde. Keine Intensivierung oder höherer Flächenverbrauch sollen das Ziel sein, sondern die optimalere Nutzung vorhandener Strukturen mit

besserer Verzahnung müsse im Mittelpunkt der Aktivitäten eines künftigen Zweckverbandes „Thüringer Meer“ stehen. Bodo Ramelow geht es aber auch darum, die Energiegewinnung und -darstellung rund um das Thema Wind und Wasserkraft mit einzubinden und über eine verbindliche Zusammenarbeit mit Vattenfall Möglichkeiten zum wechselseitigen Nutzen zu erschließen.



Ben. „Gegebenenfalls sollten auch Entwicklungsarbeiten zur Optimierung und Gewinnung regenerativer Energien als Einnahmemöglichkeiten genutzt und Staumauer, Pumpspeicherwerk, Staustufen, Wassertunnel, Energiemuseum mit als Aktivierungspotential einbezogen werden. Ein zentrales Ziel wäre der Erwerb des Eigentums an den Wasserkraftwerken.“

Vor allem aber sollte ein einheitliches Fremdenverkehrsamt das Herzstück des Zweckverbandes sein mit ei-

ner gemeinsamen Datenbank, in der alles abrufbar ist, was in der Region vorhanden ist (Wanderwege, Busverbindungen, Service wie Gaststätten, aber auch Schwimmbäder, Museen, Kulturangebote, Ärzte, Apotheken, Taxen, Schiffsverbindungen etc.) Ein „Thüringer Meer Pass“ sollte als Prämiemarkte zur Nutzung vieler Service- und Dienstleistungsangebote entwickelt und als zentrales Serviceangebot implementiert werden. Darin können Vergünstigungen wie Rabatte einbezogen werden. Alle Gasthäuser, Hotels, Ferienwohnungen, Bungalows sollten sich auf einer Internetplattform präsentieren. Die gemeinsame Datenbank des Zweckverbandes sollte den Service entgeltlich dazu anbieten. Dafür denkbar wären eine Internetzeitung, ein Videokanal bzw. ein Thüringer-Meer-Portal als interaktives Angebot. Lokale TV-Stationen und kostenlose Werbezeitungen sollten mit einbezogen werden, und gegebenenfalls könnte ein Gemeinschaftsverlag gegründet werden. Der ländliche Raum muss aber auch überprüft werden auf ärztliche Versorgung, Pflegestationen, Landambulatorien.

Wenn am „Thüringer Meer“ Senioren-, Familien- und Behinderten-Tourismus entwickelt werden soll, muss das Notwendige für die Bevölkerung mit dem Nützlichen für die Gäste verbunden werden. Das reicht von der ärztlichen Versorgung (Landambulatorien) über den Dorfladen bis zum Servicestützpunkt.

Das gesamte Papier im Internet: <http://www.bodo-ramelow.de/nc/tagebuch/post/2013/08/31/das-thueringer-kann-noch-meer/>

Biosphärenreservat als Regionalentwicklungsmodell

Zur Anhörung des Umweltausschusses zur „Entwicklung des Biosphärenreservates Karstlandschaft Südharz in Thüringen“ am 13. September hatte der Umweltpolitiker Tilo Kummer erklärt:

„Vielfach gab es eine kritische oder sogar ablehnende Haltung gegenüber der Einrichtung eines Biosphärenreservats, insbesondere deshalb, weil massive Einschränkungen wirtschaftlicher Entwicklung befürchtet werden.“ Sogar Ängste vor einem künftigen Betretungsverbot in geschützten Waldgebieten seien zum Ausdruck gebracht worden.

„Diese Bedenken sind aber unbegründet. Offenbar werden die regionalen Akteure ungenügend oder sogar falsch über die Ziele und Vorteile eines Biosphärenreservats informiert. Und die Landesregierung trägt mit ihrer Stillhaltetaktik wahrscheinlich noch dazu bei.“ Auch die in der Anhörung geäußerten Zweifel an der Glaubwürdigkeit der

Umweltverwaltung sind nach Auffassung des LINKEN Landtagsabgeordneten ein schlechtes Zeugnis für die Arbeit des zuständigen Ministeriums. In einem Biosphärenreservat müsse ein harmonisches Miteinander von wirtschaftlicher Nutzung und natürlichen Kreisläufen gegeben sein. Wichtig sei zudem, dass sich die Menschen in einer Region dann besser mit einem Biosphärenreservat identifizieren können, wenn es als Dachmarke verstanden wird.

Damit könne auch gezielte Wirtschaftsansiedlung unterstützt werden. Positives Beispiel sei die Dachmarke Rhön, wo regionale Wirtschaftsunternehmen, Landwirtschaft, Gastgewerbe oder Tourismus gleichermaßen profitieren. Dort funktioniere länderübergreifende Zusammenarbeit seit Jahren. „Warum sollte dies nicht auch zwischen Thüringen, Sachsen-Anhalt und Niedersachsen gelingen?“, betonte Tilo Kummer und warb dafür, die Diskussionen in den Kommunen für ein länderübergrei-

fendes Biosphärenreservat weiterzuführen und Chancen abzuleiten, weil in einem Bundesland allein die Mindestgröße von 30 000 ha kaum erreichbar wäre. „Die Gipskarstlandschaft im Südharz ist europaweit einzigartig und ein Anziehungspunkt für Naturliebhaber. Aber auch Gipsabbau muss im Rahmen vorhandener Genehmigungen und maßvoll möglich sein.“ Da der Bedarf steigen dürfte, wäre ein Biosphärenreservat gut geeignet, um Produkte zu entwickeln, mit denen der Gipsverbrauch gesenkt werden kann. Aussichtsreiche Branchen seien auch die Holzverarbeitung oder die Ernährungswirtschaft. „In den letzten Jahren sind kleine Verarbeitungsbetriebe in Größenordnungen verloren gegangen. Diese Lücken wieder zu füllen, hätte positive Effekte für die Wertschöpfung und den Aufschwung der gesamten Region. Biosphärenreservate sind keine Naturschutzinseln, sondern können wirkliche Modellregionen nachhaltiger Entwicklung sein.“